

**Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 26. März 2009**

Antrags-Nr. 09-F-25-0030

**Islamunterricht an Wiesbadener Schulen**

**- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 17.03.2009 -**

In Hessen gibt es Bestrebungen, es zu ermöglichen, Islamunterricht von in Deutschland ausgebildeten Religionslehrerinnen und Religionslehrern an den Schulen anzubieten. In der Integrationsvereinbarung (§ 7, Absatz 13) begrüßt die Stadt Wiesbaden islamische religiöse Unterweisungen für muslimische Schülerinnen und Schüler an deutschen Schulen in deutscher Sprache.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt das Vorhaben der Landesregierung in Hessen islamischen Religionsunterricht von in Deutschland ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern in deutscher Sprache einzuführen. Dabei wird das Anliegen unterstützt, hierfür eine Ansprechpartnerin oder einen Ansprechpartner auf muslimischer Seite zu finden.

Der Magistrat wird gebeten,

- sich bei der Landesregierung über die Voraussetzungen zur Teilnahme an einem Modellprojekt zur „Einführung islamischen Religionsunterrichts“ zu informieren und die städtischen Gremien zeitnah darüber zu unterrichten.
- Zeitgleich zu prüfen, welche Möglichkeiten die Stadt Wiesbaden als Schulträger hat, um ein solches Modellprojekt zu unterstützen, z.B. durch Entwicklung von Raumprogrammen oder Samstagsunterricht.

---

**Beschluss Nr. 0155**

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 17.03.2009 betr.

Islamunterricht an Wiesbadener Schulen

wird angenommen.

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2009

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .03.2009

1. Dezernat VIII  
mit der Bitte um weitere Veranlassung
2. Abdruck:  
Dezernat VII  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller  
Oberbürgermeister